

**GGR - 5. November 2014**

### **Fraktionserklärung der SP**

In der Ausgabe der Gewerbezeitung des Handwerk- und Gewerbevereins Adliswil vom 15. Oktober 2014 war eine Kolumne der Präsidentin des HGV Adliswil abgedruckt, in der zunächst Mitleid mit Kindern geäussert wird, die unter Krieg, Gewalt und Elend leiden. In den folgenden Passagen wird dann aber die Integrationsfähigkeit von solchen Kindern in der Schweiz angezweifelt. Dies wird vor allem damit begründet, dass Kinder aus Kriegsgebieten die erlebte Gewalt verinnerlicht haben sollen und die vorgeblich vorhandene gewalttätige Einstellung sich nicht ändern liesse. Es folgt die Aufforderung, Flüchtlingen vor Ort zu helfen, anstatt sie in der Schweiz aufzunehmen.

Diese Haltung zeugt von grosser Unkenntnis der Verfassung von Kriegsflüchtlingen und ignoriert, ja negiert die Integrationsarbeit, die häufig freiwillig und mit grossem Engagement von Bürgerinnen und Bürgern und in den Schulen geleistet wird. Mit der Aufforderung der Hilfe vor Ort übergeht die Kolumnistin die Tatsache, dass die Nachbarstaaten von Krisenländern in der Regel mit den Flüchtlingsströmen heillos überfordert sind, wie aktuell an der verheerenden Situation der syrischen Flüchtlinge in der Türkei, Jordanien und Libanon zu sehen ist. Es ist die mitmenschliche und moralische Pflicht, auch in der Schweiz vorübergehend grosszügig syrische Flüchtlinge aufzunehmen. Dies schon alleine deshalb, um zu verhindern, dass sie sich in ihrer Verzweiflung Schleppern anvertrauen und auf dem Weg nach Europa Ausbeutung ausgesetzt sind oder sogar den Tod finden.

Die moralische Pflicht zur Hilfe besteht nicht zuletzt deshalb, weil die privilegierten Gesellschaften an vielen Konflikten in dieser Welt eine Mitverantwortung tragen. Wenn in der Kolumne alle Konflikte dieser Welt als „Bürgerkriege oder Glaubenskriege“ abgetan werden, zeugt dies von einem ausserordentlichen Mass an Unkenntnis oder Ignoranz. Afghanistan, welches die Kolumnistin als Beispiel anführt, zeigt besonders deutlich, wie ein friedliches und armes Land ohne eigenes Zutun zu einem Kriegs- und Krisengebiet über nun fast vier Jahrzehnte wurde.

Die Darstellung von einer durch Krawalle begleiteten Demonstration in Hamburg als einen „Bürgerkrieg von Ausländern“ in Deutschland hat offenbar das Ziel, ganz bestimmte Ressentiments zu schüren. Die SP verwarft sich entschieden gegen die Haltung, die in der beschriebenen Kolumne gegenüber Kriegsflüchtlingen eingenommen wird, und insbesondere auch gegen das Schüren von Ängsten vor Flüchtlingen, welche in der Schweiz Aufnahme gefunden haben.